

EDITORIAL

Gunter Schubert

Ist Dialog noch möglich?

Im September 2008, in unmittelbarem Anschluss an die Olympischen Sommerspiele in Beijing, erreichten den Deutschen Bundestag zwei offene Briefe, in denen die China-Berichterstattung der Deutschen Welle scharf verurteilt wurde. Sowohl der „Autorenkreis der Bundesrepublik Deutschland“ als auch eine Reihe von in Deutschland lebenden chinesischen Dissidenten forderten eine politische Überprüfung der Mitarbeiter der China-Redaktion der Deutschen Welle, denen man eine Manipulierung der öffentlichen Meinung zugunsten eines autoritären und menschenverachtenden Regimes unterstellte. Kurzzeitig wurde daraufhin die besonders in der Kritik stehende stellvertretende Leiterin der China-Redaktion, Zhang Danhong, ihres Postens enthoben. Anfang Dezember 2008 hat der Rundfunkrat der Deutschen Welle nach einer eingehenden Untersuchung die gegen die China-Redaktion erhobenen Vorwürfe zurückgewiesen.

Im Zuge dieser Auseinandersetzung gerieten auch einige deutsche Chinawissenschaftler namentlich in den Fokus chinesischer Dissidenten. In verschiedenen Stellungnahmen und Kommentaren, die im Internet kursierten, warf man ihnen Propaganda für die Kommunistische Partei vor. Als sich (zunächst) 49 deutsche Chinawissenschaftler, Publizisten und Politiker (einschließlich des Verfassers) am 9. Oktober 2008 in einem offenen Brief gegen diese Anschuldigungen verwahrten und mit Blick auf die Deutsche Welle vor Zensur warnten, führte dies zu einer heftigen Reaktion in den Reihen der Dissidenten. In einer, auch von vielen nicht in Deutschland lebenden Dissidenten unterzeichneten, schriftlichen Erwidern auf den offenen Brief der deutschen Chinawissenschaftler forderten sie, dass ein Sinologe seine Arbeit auf eine klare normative Positionierung gegen das herrschende Regime in der VR China zu gründen habe. So heißt es in dem Brief an zentraler Stelle:

„Als Sinologen haben Sie mit großen Mühen die chinesische Sprache erlernt, worüber Ihnen vielleicht das deutsche Adjektiv ‚unbequem‘ abhanden gekommen ist, eine Eigenschaft, die den unabhängigen Intellektuellen auszeichnet. Ein echter Intellektueller wird sich nie mit den Mächtigen arrangieren; einem hemmungslos totalitären Regime sollte er mit umso größerer kritischer Wachheit und Reserviertheit gegenüberstehen und den Mächtigen das Leben so unbequem wie möglich machen. (...) Ihr offener Brief hat die Propagandamaschine der chinesischen Diktatur weiter befeuert und ihr neue Munition gegeben, die Demokratie in Deutschland ebenso anzugreifen wie die

chinesischen Dissidenten, während das einfache Volk und die Verteidiger von Recht und Gerechtigkeit mit ihrer Enttäuschung und Demütigung alleingelassen werden.“

Die Schärfe des Tons in dieser und in anderen Passagen dieses Textes spricht die Sprache tiefer Frustration und Enttäuschung. Seine Autoren fühlen sich im Stich gelassen. Sie zitieren prominente Dissidenten wie die Anwälte Chen Guangcheng, Guo Feixiong und Gai Zhisheng, den Schriftsteller Du Daobin, den Journalisten Shi Tao oder den AIDS-Aktivisten Hu Jia, die alle in die Fänge der chinesischen Strafverfolgungsbehörden geraten sind. Diese, so die Botschaft, werden von den deutschen Chinawissenschaftlern verraten, die „die Partei der Mächtigen ergreifen.“

Die Anklagen in diesem Text zeichnen das Bild einer deutschen Chinaforschung, die jede Fähigkeit zur kritischen Reflektion über die politischen Verhältnisse in der VR China verloren hat, die sich von den wirtschaftlichen Erfolgen des Landes blenden lässt und die sozialen Folgekosten ignoriert, die die Auflagen vor den elementarsten Menschenrechtsverletzungen verschießt und sich von der chinesischen Propaganda in die Irre führen lässt.

Schon ein oberflächlicher Blick auf die Publikationen der etablierten deutschen Chinaforscher in den letzten 10 Jahren zeigt hinreichend deutlich, dass die zahlreichen Probleme des chinesischen Transformationsprozesses sowie die negativen Konsequenzen des politischen Autoritarismus sehr wohl im Fokus dieser Wissenschaftler stehen und kritisch diskutiert werden. An diesem Punkt muss man sich nicht lange aufhalten. Allerdings legen die meisten dieser Wissenschaftler darauf Wert, ihre Ergebnisse in einen historischen Kontext zu stellen, der die Dinge nicht nur vom gewünschten Ende – einer freiheitlich-demokratischen Ordnung westlichen Musters – her denkt. Man kann der chinesischen Entwicklung in normativer Hinsicht nur gerecht werden, wenn man sowohl die Kontinuitäten als auch die Veränderungen ihrer gesellschaftlichen und politischen Entwicklung im Blick behält. Die Bewertung der Veränderungen ist zwar in aller Sorgfalt vorzunehmen; Zugewinne an Rechtssicherheit, demokratischer Partizipation und Rechenschaftspflichtigkeit der Kaderbürokratie müssen immer wieder auf die Defizite einer nicht institutionalisierten liberalen Rechtsordnung projiziert werden. Jedoch kann es nicht sein, dass ein Chinaforscher positive Veränderungen in der VR China nicht als solche benennen darf, nur weil diese keinen Systemwechsel herbeigeführt haben oder gar geeignet sein könnten, die Einparteiherrschaft zu stabilisieren.

Die chinesischen Dissidenten im Ausland verdienen unseren Respekt. Viele von ihnen haben ihre Heimat unter großen Entbehrungen verlassen müssen. Doch einen Anspruch auf höhere Moral, die sie dazu berechtigte, die Arbeit vieler mit dem chinesischen Volk sympathisierender Wissenschaftler als anti-demokratisch zu disqualifizieren, besitzen sie nicht. Not täte ein neuer Dialog zwischen Dissidenten und Chinawissenschaftlern, um die Positionen zu klären und zu einem Ton der Sachlichkeit zurückzukehren. Beide Seiten sollten sich bemühen, einen solchen Dialog zu ermöglichen.